



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Donnerstag, 15. Oktober 2020

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Gebührenstopp

Die Corona-Pandemie und entsprechende Maßnahmen zur Eindämmung führten zu Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit, verbunden mit entsprechenden Einkommensverlusten bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung.

Gegensteuern auf allen Ebenen ist notwendig und vielfach auch erfolgt. Hilfspakete für Unternehmen, Kulturschaffende, Unterstützung für Pflege- und Gesundheitspersonal etc. wurden relativ rasch auf Schiene gebracht, auch wenn es bei der Umsetzung Probleme gibt.

Auch in Graz wurden sehr rasch zahlreiche Maßnahmen gesetzt, um die schlimmsten Auswirkungen für Unternehmen, insbesondere für EPU's, zumindest abzufedern.

Aber auch schon vor Corona waren es Teuerungen auf vielen Ebenen (Wohnen, Betriebskosten, Öffentlicher Verkehr, Grundnahrungsmittel), die den Menschen in unserer Stadt zusetzten.

Gerade der Bereich Wohnen ist überdurchschnittlich von der Teuerung betroffen. Die Stadt Graz selber ist es, die bei den Betriebskosten an der Preisspirale dreht. Geschuldet ist dies dem Umstand der Teuerungsautomatik, die seinerzeit von Schwarz-Grün beschlossen wurde. D. h. Müll- und Kanalgebühren werden automatisch im Ausmaß der Inflationsrate erhöht. Dies führt umgekehrt natürlich auch zu einer steigenden Inflation.

Diese Problematik hat auch die ÖVP in Wien erkannt. Sie fordert die ersatzlose Streichung des Teuerungsgesetzes, wie sie die automatischen Gebührenerhöhungen nennt.

Graz liegt bei den Wasser- und vor allem bei den Kanalgebühren im österreichweiten Vergleich an der Spitze.

In den beiden Jahren, in denen die KPÖ eine Budgetpartnerschaft mit der ÖVP und der SPÖ einging, konnte diese Teuerungsspirale durchbrochen werden. 2015 und 2016 gab es keine Erhöhungen bei den Müll- und Kanalgebühren! Die Stadt Graz konnte dennoch in beiden Bereichen positiv bilanzieren und Millionengewinne machen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Herr Finanzstadtrat Dr. Günter Riegler wird ersucht, eine Aussetzung der Erhöhung der Müll-, Kanal- und Wassergebühren für die Jahre 2021 und 2022 zu prüfen. Das Ergebnis dieser Prüfung möge den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten noch vor der Budgetsitzung in geeigneter Art und Weise übermittelt werden.